

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 18 – Trägerunabhängige Pflegeberatungsstellen

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 223.04 / 16.06.2004

Pflegeberatung ist unerlässlich und spart sogar noch Geld

Wenn es sie nicht schon in einigen Landkreisen und Kreisfreien Städte gäbe, müssten wir sie schleunigst erfinden: Die Pflegeberatungsstellen.

Schon längst hätten die Kommunen oder Landkreise solche Beratungsstellen im Eigeninteresse direkt nach Einführung der Pflegeversicherung schaffen müssen, um allen, die nicht wissen, welche Angebote es für ihren speziellen Pflegebedarf gibt und wie sie sich finanzieren, rasch und zielgenau weiterzuhelfen. Dies gehört heutzutage zur Daseinsvorsorge.

Es brauchte aber Anstöße und die Anreizfinanzierung vom Land, bis die ersten Beratungsstellen gegründet wurden. Und die CDU regierten Kreise- wie Ostholstein schließen diese sinnvolle und angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung immer wichtigere Beratungseinrichtung schon wieder. Und auch im Landtag zeigt die CDU tiefe Ahnungslosigkeit zu diesem Thema.

Kommunen, die keine Pflegeberatungsstellen haben, wollen vom Pflegebedarf ihrer Bevölkerung nichts wissen.

Dabei rechnen sich diese Beratungseinrichtungen sogar, wie beispielsweise in Ostholstein bewiesen wurde. Denn zu vielen, oft überstürzten Einweisungen in Pflegeheime gibt es oft alternative Pflegearrangements, die kostengünstiger sind und vor allem den alten Menschen mehr Freiheit lassen, aber genau darüber müssen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen orts- und zeitnah auch im Notfall beraten werden- und zwar von einer neutralen heimunabhängigen Instanz.

1/2

Unabhängigkeit der Beratung ist auch eine notwendige Voraussetzung, wenn zukünftig das zentrale Notruftelefon unter Beibehaltung mit seiner landesweiten Nummer auf die Pflegeberatungsstellen dezentralisiert werden soll. Gerade die jüngsten Vorkommnisse in den Heimen des DRK zeigen, wie unverzichtbar solche Beschwerdestellen sind.

Nach unseren Vorstellungen sollten die Pflegeberatungsstellen darüber hinaus aber systematisch bei der Pflegeinfrastruktur der Kommunen und Kreise einbezogen werden, denn sie wissen am besten, welche Hilfen besonders nachgefragt werden.

Vorausgesetzt es gibt überhaupt eine solche trägerunabhängige örtliche Entwicklungsplanung für die Vielfalt der Pflegebedarfe, insbesondere für neue Wohnformen außerhalb der Heime, aber genau daran hapert es noch bei vielen Kommunen und Landkreisen.
